

# AUSWIRKUNGEN VON KÜRZUNGEN

## bei der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe

Eine Umfrage unter knapp 150 VENRO-Mitgliedsorganisationen zeigt, dass die Kürzungen der Etats des Entwicklungsministeriums und des Auswärtigen Amtes weitreichende negative Auswirkungen auf die zivilgesellschaftliche Auslandsarbeit haben. Besonders die Armutsbekämpfung, die humanitäre Hilfe in sogenannten „vergessenen Krisen“ und die Menschenrechtsarbeit in Lateinamerika wären betroffen. Zum Hintergrund: Seit 2022 wurden die öffentlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe um rund 20 Prozent gekürzt. Wenn die derzeitige Planung des Finanzministeriums umgesetzt wird, sinkt die Finanzierung 2025 um weitere 1,6 Milliarden Euro. In Summe bedeutet dies eine Kürzung um mehr als 25 Prozent innerhalb einer Legislaturperiode. Dies ist eine historisch beispiellose Kürzungswelle mit langfristigen Folgen für die ärmsten und verwundbarsten Menschen der Welt.

### Welche Länder und Regionen sind besonders betroffen?

Viele zivilgesellschaftliche Projekte im Ausland werden von der Bundesregierung mitfinanziert. Die Befragung unserer Mitglieder zeigt, dass die geplanten Kürzungen die zivilgesellschaftliche Arbeit in mindestens 40 Ländern treffen. Besonders starke Auswirkungen hat dies auf die Arbeit in Ländern mit sogenannten vergessenen Krisen wie Angola, Burundi, Burkina Faso oder der Demokratischen Republik Kongo. In diesen Ländern ist die Arbeit anspruchsvoll und oft nur über zivilgesellschaftliche Partnerschaften möglich. Abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit ist es für Nichtregierungsorganisationen (NRO) schwieriger, Spenden für ihre Arbeit zu sammeln.

An dieser Stelle schließt die öffentliche Finanzierung eine Lücke. Auch die Arbeit in Lateinamerika ist laut unserer Umfrage besonders betroffen. In Nicaragua, Venezuela oder El Salvador beispielsweise ist die Arbeit der Zivilgesellschaft und ihr Einsatz für Demokratie und Menschenrechte aufgrund autoritärer Einschränkungen äußerst schwierig. Infolge einer drakonischen Gesetzgebung wurden in Nicaragua tausende NRO verboten und zehntausende Menschen ins Exil gezwungen. Auch dies geschieht weitgehend abseits der Medienöffentlichkeit, wodurch die zivilgesellschaftliche Arbeit doppelt unter Druck gerät: Es wird weniger gespendet, obwohl die Arbeit schwieriger geworden ist. Eine Kürzung der staatlichen finanziellen Unterstützung wirkt sich deshalb direkt auf die Arbeit in diesen Ländern aus.

### Welche Art von Arbeit ist gefährdet?

Besonders stark sind laut der Umfrage die Armutsbekämpfung, der Infrastrukturaufbau sowie die Advocacy-Arbeit von Kürzungen betroffen. Advocacy-Arbeit zielt darauf ab, strukturelle Veränderungen zu erreichen – etwa damit Menschenrechte wie der Zugang zu sauberem Trinkwasser eingehalten werden. Für diese Arbeit braucht es eine langfristige Finanzierung und das Zusammenspiel mit lokalen staatlichen Stellen. Eine staatliche finanzielle Unterstützung kann diesen Bedarf decken und dabei eine Art Türöffner sein, um Behörden vor Ort zur Mitwirkung zu motivieren. Diese Art der Arbeit leidet deshalb besonders unter Kürzungen öffentlicher Gelder.

🔍 Mehr Informationen zu Advocacy-Arbeit im Globalen Süden in [VENRO \(2021\) Wir mischen uns ein.](#)

Finanzierung	2021	2022	2023	2024	2025
<b>BMZ</b>	13.385	13.786	12.157	11.217	9.878 (Vorgabe des BMF)
<b>Humanitäre Hilfe</b>	2.565	3.188	2.708	2.230	1.800 (Schätzung)

## Fallbeispiel Burkina Faso

Burkina Faso ist eines der ärmsten Länder der Welt. 2022 fanden zwei Militärputsche in dem Land statt. Von den rund 22 Millionen Einwohner\_innen sind mehr als 50 Prozent unter 18 Jahre alt. Millionen Menschen sind in der Region auf der Flucht. Ein Mitarbeiter einer Mitgliedsorganisation schildert uns: „Die Arbeit unserer Partner in Burkina Faso schafft Bildungs- und Arbeitsperspektiven für Jugendliche. Viele sind dort hoffnungslos, was ihre Zukunft angeht. Es gibt viel zu wenig Ausbildungsmöglichkeiten. Wer keine Ausbildung hat, dem bleibt die Flucht vor Armut oder die Arbeit für Terrororganisationen – die zahlen 300 Euro pro Monat. Unsere Partner würden gerne mehr Angebote machen und mehr junge Menschen Perspektiven in ihrem Land bieten. Aber uns wird nun gesagt: ‚Dafür ist kein Geld mehr da.‘ Um kleines Geld zu sparen, riskieren wir enorme politische und finanzielle Folgekosten. China, Russland oder Qatar werden diese Lücke mit anderen Zielvorstellungen schließen.“

## Forderungen

Wir fordern von der Bundesregierung, dass

- die finanzielle Unterstützung für die zivilgesellschaftliche Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Bildungsarbeit gestärkt wird,
- die humanitäre Hilfe im Etat des Auswärtigen Amtes das Vorjahresniveau von 2,7 Mrd. Euro erreicht,
- der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im kommenden Jahr um mindestens eine Milliarde Euro auf 12,2 Mrd. Euro angehoben wird.

## Hintergrund

Die Umfrage wurde im April 2024 unter knapp 150 Mitgliedsorganisationen durchgeführt. 41 Organisationen haben die Auswirkungen der Kürzungen auf ihre Arbeit ausführlich beschrieben.

## Das sagen Mitgliedsorganisationen zu den Auswirkungen der geplanten Kürzungen



## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. Stresemannstraße 72, 10963 Berlin, Tel: 030/2 63 92 99-10, E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

**Redaktion:** Lukas Goltermann, Berlin, 16. Mai 2024